Petersberger Dialog: Aufruf zum Handeln im Klimaschutz

Petersberger Dialog: Aufruf zum Handeln im Klimaschutz

Frankreich, kommende Präsidentschaft der COP 21, und Deutschland, Präsidentschaft der G 7, sind fest entschlossen alle Anstrengungen zu unternehmen, um ein ambitioniertes, umfassendes und verbindliches VN-Klimaschutzabkommen Ende des Jahres in Paris zu erreichen. Wir rufen alle Staaten dazu auf, daran engagiert mitzuwirken und ihren Beitrag zu leisten gemäß ihrer gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung und Fähigkeiten und unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen nationalen Umstände. Wir halten an dem Ziel fest, den weltweiten Temperaturanstieg zumindest auf unter 2C, verglichen mit dem vorindustriellen Niveau, zu begrenzen. Wir brauchen sofortiges Handeln und einen ambitionierten globalen Rahmen, um auf einen Pfad zu kommen, der mit diesem Ziel vereinbar ist. Wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung unserer Investitionen hin zu emissionsarmen Infrastrukturen, Technologien und klimaverträglicher Landnutzung. Gleichzeitig müssen wir die Widerstandsfähigkeit der besonders verletzlichen Staaten gegen unvermeidbare Risiken und Schäden des Klimawandels stärken. Wir sind davon überzeugt, dass Investitionen, Strategien und ein rechtlicher Rahmen für diese Transformation weltweit Wohlstand, Wachstum und nachhaltige Entwicklung voranbringen.
Deutschland und Frankreich rufen insbesondere in folgenden Bereichen zum Handeln auf:
- Verständigung auf eine gemeinsame Vision und konkrete Maßnahmen für eine tiefgreifende Transformation der weltweiten Wirtschaft und Gesellschaft. Ziel ist dabei, eine vollständige Dekarbonisierung im Laufe dieses Jahrhunderts zu erreichen. Bis 2050 brauchen wir zudem eine Emissionsminderung, die im Einklang mit den Empfehlungen des 5. IPCC Berichts steht. Dabei ist das Anliegen vieler verletzlicher Staaten zu berücksichtigen, dass der Temperaturanstieg gemäß dem Durban Mandat auf weniger als 2C oder 1,5C gehalten werden sollte.
- Übermittlung ambitionierter und transparenter nationaler Klimabeiträge (INDC) deutlich vor der VN-Klimakonferenz in Paris.
- Vorantreiben langfristiger nationaler und regionaler Strategien für eine emissionsarme und klimaresiliente Entwicklung, gemäß den Beschlüssen von COP 16 in Cancun.
- Mobilisierung von Klimafinanzierung für Entwicklungsländer zur Erreichung des Ziels von jährlich 100 Milliarden US-Dollar ab 2020 für Emissionsminderung und Anpassung gemäß der Verpflichtung der Industrieländer bei COP 15 in Kopenhagen. Hierzu soll eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Quellen genutzt werden.
- Verstärkung der Unterstützung für emissionsarme Entwicklung und Klimaresilienz in unserer Entwicklungszusammenarbeit.
- Schaffung neuer Initiativen für Investitionen in emissionsarme Technologien, vor allem in erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz, sowie für nachhaltige Landnutzung. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika zu.
- Stärkung der Anpassung und Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel von besonders verwundbaren Staaten, unter anderem kleinen Inselstaaten, Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik, durch die Verbreitung von Versicherungslösungen und nationalen Frühwarnsystemen.
- Einführung von Kohlenstoffmärkten und -preisen auf nationaler und regionaler Ebene mit dem Ziel, starke ökonomische Anreize für emissionsarme Entwicklung zu setzen.
Als gemeinsame Vision, die wir mit all unseren Partnern in den Vereinten Nationen verfolgen wollen, streben wir die vollständige Dekarbonisierung der globalen Wirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts an. Wir verpflichten uns, dazu unseren fairen Beitrag zu leisten, ambitionierte Maßnahmen zu ergreifen und eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit in allen genannten Bereichen voranzutreiben.
Unsere beiden Länder werden weiter Vorreiter sein bei der tiefgreifenden Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft hin zur vollständigen Dekarbonisierung. Wir haben uns dazu verpflichtet, mit der Energiewende in Deutschland und der "transition energétique" in Frankreich, unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: http://www.bundesregierung.de/
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=592886" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".